

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 258

Mai 2019



**Untere Farb:
Ein würdiger Ort für
das Gedächtnis der Stadt**

P.P. Uster

Editorial



Am 15. April 2018 hat die Stimmbevölkerung in Uster gewissermassen ein neues Zeitalter eingeläutet. Vor einem Jahr erhielt unsere Stadt das erste Mal in seiner Geschichte eine links-grüne Stadtratsmehrheit. Im Frust über die Wahlniederlage seines Lagers meinte ein Ustermer «Gedichteschreiber», dass er nun wohl irgendwo Asyl suchen müsse – raus aus dem linken Mist. Der Schlussreim seines Schmahgedichts wörtlich: «Es zeigt sich in den kommenden Zeiten, wie die uns in die Scheisse reiten.» Der Gedichteschreiber wohnt meines Wissens ein Jahr später immer noch in Uster. Offenbar traf seine Prophezeiung also (noch) nicht ein.

Nun bin ich nicht so überheblich, zu behaupten, dass die SP bzw. die neue Mehrheit immer alles richtig macht bzw. alles richtig machen wird. Auch wir haben die Wahrheit nicht für uns gepachtet oder mit dem «Löffel gefressen». Aber wir wollen etwas bewegen, wir wollen Uster vorwärtsbringen, mehrheitsfähige Lösungen erarbeiten, von welchen diese Stadt, ihre Bevölkerung aber auch die ganze Region profitiert.

Ein Geschäft, das die ganze Region betrifft und uns in den nächsten Monaten noch stark beschäftigen wird, ist die vorgeschlagene Fusion zwischen den Spitälern Uster und Wetzikon. Das Spital Uster ist in unserer Stadt nicht nur der grösste Arbeitgeber, sondern auch zentral für unsere Gesundheitsversorgung. Unserem Spital in einem sich stark im Umbruch befindlichen Gesundheitswesen eine gute Zukunft zu sichern, ist unbestreitbar wichtig. Wir werden deshalb das vorgeschlagene Zusammengehen inklusive der dafür nötigen Rechtsformänderung genau prüfen und uns mit unseren Vorstellungen und Forderungen in die Diskussion einbringen.

Die SP hat vor vier Jahren die Umwandlung in eine AG abgelehnt, nun steht sie wieder zur Diskussion, wenn auch unter veränderten Vorzeichen. Zu attestieren ist, dass die Spitalverantwortlichen ihre Lehren aus ihrer Abstimmungsniederlage gezogen haben und damalige Bedenken der SP Uster aufgenommen haben. Ob dies schon reicht oder ob nochmals «nachgebessert» werden muss, um uns für die Vorlage zu gewinnen, wird sich in den kommenden Diskussionen zeigen. Ich wünsche mir einen konstruktiven Dialog, im Sinne der Sache.

Matthias Stambach,
Präsident SP Uster

Aus dem Gemeinderat

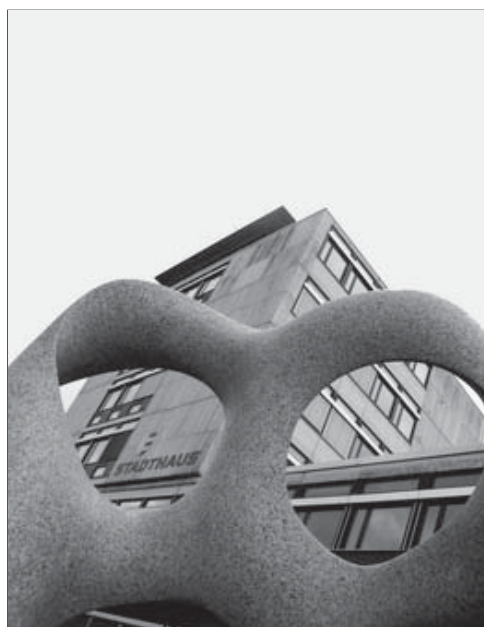
Uster lebt rot-grün

Mit den Wahlen 2018 ist die Politik in Uster sozialer und grüner geworden: SP und Grüne sind im Stadtrat in der Mehrheit, im Parlament benötigen sie die Mitparteien für eine Mehrheit.

Das ist punktuell immer wieder möglich: So wurde etwa ein Postulat von Florin Schütz und Salome Schaerer zum Thema «Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor» an den Stadtrat überwiesen. Manchmal klappt es aber auch nicht, so etwa beim Flüchtlings-

Postulat «Uster als solidarische Stadt», das keine Mehrheit fand, obwohl der Stadtrat bereit war, es entgegen zu nehmen.

Der Gestaltungsplan «Gerichtsplatz» wurde innerhalb der SP kontrovers diskutiert. Unser Hauptanliegen, gemeinnütziger Wohnungsbau verbindlich im Gestaltungsplan aufzunehmen, hat der Stadtrat in der alten Zusammensetzung nicht berücksichtigt. Da unser Rückweisungsantrag im Rat abgelehnt wurde, enthielten wir uns am Ende der Stimme, weil der Gestaltungsplan durchaus auch einen Mehrwert für die Stadt Uster (neuer öffentlicher Park, grosser Platz, mehr Land für die Stadt) bringt. Manchmal ist Politik eben nicht schwarz-weiss.



Eine Mehrheit gefunden hat die neue Abstellplatzverordnung. Mit dem Vorstoss zur Überarbeitung der Parkplatzverordnung wollten wir Motionäre von SP, Grüne und GLP erreichen, dass es bei Bauprojekten möglich wird, weniger Parkplätze als bisher erstellen zu müssen. Die neue Verordnung ist ein guter Kompromiss. Da aber die Bürgerlichen an ihren Maximalpositionen festhalten, wird das Volk nun in einer Referendumsabstimmung darüber befinden müssen.

Ein weiterer SP-Schwerpunkt ist der Langsamverkehr. Der Gemeinderat stimmte unserer 2018 mit rund 1'200 Unterschriften eingereichten Volksinitiative «Für sichere und durchgängige Velowege» zu und beauftragte den Stadtrat, eine Umsetzungsvorlage auszuarbeiten. Einzig die SVP lehnte den Antrag ab. War es das schlechte Gewissen oder einfach Populismus, dass diese kurz darauf das etwas kuriose Postulat für «öffentliche Velopumpen» einreichte?

Zum Schluss ist auch noch eine Personalie zu melden: Im Januar 2019 rückte Angelika Zarotti für Patricia Morf in den Gemeinderat nach.

Markus Wanner,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplare

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Redaktion: Stefan Feldmann, Layout: Ewald Feldmann

Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Eidg. Abstimmung vom 19. Mai: JA zum Bundesgesetz STAF

Schrittweise aus ungerechtem Steuersystem aussteigen

Das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) wird von der Gegnerschaft als «Kuhhandel» abgekanzelt, auch von links. Doch letztere verkennen, dass die STAF-Vorlage gerade aus linker Sicht ein guter Kompromiss darstellt: Wie von der SP schon seit langem gefordert, verschwinden ungerechtfertigte Steuerprivilegien und gleichzeitig erhält die AHV zusätzliche finanzielle Mittel.

Von Jacqueline Badran, SP-Nationalrätin, Zürich

Blicken wir kurz zurück: In den letzten 20 Jahren wurde in der Schweizer Steuerpolitik vor allem das Kapital entlastet und dafür die Arbeit und Konsum belastet. In der Unternehmenssteuerreform I (USR I) von 1998 wurden die heute so verpönten Steuer-Privilegien für Konzerne eingeführt und die Kapitalsteuer («Vermögenssteuer für Kapitalgesellschaften») auf Bundesebene abgeschafft. Mit der unseligen USR II von Bundesrat Hans-Rudolf Merz wurden dann auch noch Kapitalerträge, also Dividenden, privilegiert und das Kapitaleinlageprinzip eingeführt. Die USR III wiederum wollte zwar die inzwischen verpönten Privilegien der USR I wieder abschaffen, dafür aber -zig neue einführen. Und eine Gegenfinanzierung stand damals auch nicht zur Debatte. Die SP hat diese Reform glücklicherweise und erfolgreich bekämpft.

Reduzierte Privilegien

In einem demokratischen System kann man Reformen auf zwei Arten durchführen: Schockartig, mit einer ersatzlosen Streichung der Steuerprivilegien, so wie es die Gegner von STAF fordern. Oder man kann schrittweise aus einem falschen System aussteigen.

Diesen Weg bestreiten wir mit STAF. Sie macht – anders als die USR III – die bisherigen USR-Reformen teilweise wieder rückgängig, also präzise das, wofür die SP gekämpft hat. STAF bringt die Abschaffung der verpönten Status-Privilegien sowie eine Teilgegenfinanzierung via Erhöhung der Dividendenbesteuerung und – wer hätte das gedacht – eine Einschränkung des Kapitaleinlageprinzips aus der USR II. Und sie reduziert die neuen Privilegien aus der alten USR III-Vorlage im Grunde auf bloss noch zwei Instrumente, die mehr oder weniger in ganz Europa angewandt werden und erst noch an reale Arbeitsplätze



Die STAF-Vorlage macht Teile der verfehlten Unternehmenssteuerreformen der Vergangenheit rückgängig und sichert zudem der AHV zusätzliche finanzielle Mittel.

gekoppelt sind: der Forschungs- und Entwicklungsabzug und die tiefere Besteuerung von Patenteinnahmen (Patentbox). Anders ausgedrückt: Die STAF bringt eine Steuer-Harmonisierung auf internationaler Ebene, also das, was die Linke schon immer gefordert hat.

Die AHV sichern

Auch der zweite Teil der Vorlage ist positiv: Zum erstenmal seit 45 Jahren gewähren wir der AHV neue Lohnprozente und das ohne Abbau auf der Leistungsseite. Auch dafür hat die SP seit langem gekämpft, denn Lohnprozente sind im Gegensatz zu neuen Mehrwertsteuer-Prozenten die sozial gerechtere AHV-Finanzierung. Vergessen wir nicht: Bei einer Finanzierung über Lohnprozente bekommen 93 Prozent der Arbeitenden am Ende mehr ausbezahlt, als sie jemals eingezahlt haben. Klar: Mit der STAF sind wir noch nicht am Ende des Weges für ein gerechtes Steuersystem. Auf internationaler Ebene muss die Schweiz in der OECD bei der weiteren Reduktion von ungerechten Steuervermeidungs-Initiativen eine aktive

Rolle spielen. Und in der Schweiz müssen wir sodann in den Kantonen dafür sorgen, dass diese im «Steuerwettbewerb» nicht überborden. Dank der STAF-Vorlage sind sie nun nicht gezwungen, den Wettbewerb über die Steuersätze zu forcieren. Sich gegenseitig Steuersubstrat abluchsen und vernichten – das muss aufhören! Und dafür wird die SP auch nach der Annahme der STAF-Vorlage kämpfen.

Fazit

So wie wir mit den USR I bis III schrittweise in ein schädliches Steuersystem eingestiegen sind, so steigen wir mit STAF schrittweise wieder aus. Wir steigen aus einem System aus, das Kapitaleinkommen begünstigt und Arbeitseinkommen benachteiligt hat. Wir kehren wieder zurück zum Erfolgsmodell Schweiz, das über Jahrzehnte gegolten hat: Die tiefe Besteuerung von Arbeit und Konsum und eine hohe Besteuerung von Kapital kombiniert mit einer Sicherung der Einkommen im Alter und bei Invalidität. Darum sagen wir JA zur STAF-Vorlage.

Städtische Abstimmung vom 19. Mai: JA zum Gestaltungsplan Untere Farb

Ein würdiger Ort für das Gedächtnis der Stadt

Im Mai 2017 stimmten die Ustermer Stimmberechtigten dem Gestaltungsplan Untere Farb deutlich zu. Wegen eines buchhalterischen Fehlers muss diese Abstimmung nun wiederholt werden. Die Argumente für den Gestaltungsplan sind aber gleich geblieben: Das Stadtarchiv in der Unteren Farb ist eine wunderschöne und gute Idee. Das Gedächtnis von Uster mitten in der Stadt Uster, direkt am Stadtpark, direkt am für Uster wichtigen Aabach und in einem geschichtsträchtigen Haus – das ist eine Lösung, die überzeugt. Und die deshalb eine Bestätigung des ersten Volksentscheids verdient.

Von Balthasar Thalmann, SP-Gemeinderat

Bereits am 21. Mai 2017 sagten 59 Prozent der Ustermer Stimmberechtigten Ja zum Gestaltungsplan Untere Farb. Die erneute Abstimmung ist aus formellen Gründen nötig, weil sich damals ein buchhalterischer Fehler eingeschlichen hat. Was ist da passiert?

Das Grundstück der Unteren Farb wurde in der städtischen Buchhaltung jahrelang zu tief bewertet, weil fälschlicherweise angenommen wurde, dass es kein Bauland ist. Der Bezirksrat stellte aber in seiner Entscheidung zur ersten Abstimmung fest, dass diese Annahme falsch war. Die Folge: Im vergangenen Jahr wurde das Grundstück neu bewertet. Der daraus erzielte Buchgewinn führt zu einer Verbesserung der Rechnung 2018. Dieses Jahr wird dann das Grundstück wieder abgewertet, was wiederum die Rechnung 2019 belastet. Ein buchhalterisches Hin und Her, unter dem Strich ist es ein Nullsummenspiel. Die Fakten bleiben somit die gleichen wie schon vor der Abstimmung 2017.

Stadtarchiv braucht neuen Standort

Der Gestaltungsplan legt die Grundlage dafür, dass das Stadtarchiv in der Unteren Farb eingerichtet werden kann. Und das ist dringend nötig: Das Stadtarchiv Uster ist heute auf verschiedene Standorte verteilt. Die Platzreserven sind beschränkt und die Räume genügen den Anforderungen an die Sicherheit und die Arbeitsplatzqualität längst nicht mehr.

Die Kunstsammlung der Stadt Uster zum Beispiel, die ebenfalls in der Unteren Farb untergebracht werden soll, wird heute in einer ehemaligen Truppenunterkunft gelagert, wo mit Luftentfeuchtern



Das Gedächtnis der Stadt Uster: Visualisierung des künftigen Stadtarchivs in der Unteren Farb.

dafür gesorgt werden muss, dass die Bilder nicht feucht und grau werden – natürlich alles andere als ideal.

Der Standort Untere Farb ergab sich aus einer umfassenden Standortevaluation als eindeutig beste Variante. Besonders toll an der Lösung in der Unteren Farb ist, dass das Stadtarchiv inskünftig nicht irgendwo in einem Keller gelagert wird, sondern an einem Ort, wo es auch allen Menschen zugänglich gemacht werden kann.

Gedächtnis im Herzen der Stadt

Das Stadtarchiv bildet zusammen mit der Paul Kläui-Bibliothek das öffentliche Gedächtnis unserer Stadt. Im Stadtarchiv werden Dokumente aufbewahrt, für die eine gesetzliche Aufbewahrungspflicht besteht. Darunter hat es zahlreiche wertvolle Bestände, die für das Verständnis der Vergangenheit und der Gegenwart unserer Stadt wichtig sind. Ein Hohn, wenn die GegnerInnen hier von «Altpapier» reden. Sie verkennen den Wert historischer Akten und ihrer Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit.

In der Unteren Farb sollen aber nicht nur Archivräume gebaut werden, es sollen auch Räume für Ausstellungen, das Studium, für Lesungen etc. entstehen. Damit wird der Unteren Farb wieder Leben eingehaucht. Ist es also wie im Märchen?

Ist ein Ja zum Gestaltungsplan vergleichbar mit dem Kuss des Prinzen, der Dornröschen nach hundert Jahren aus dem Schlaf erweckte? Man muss es nicht so kitschig sehen, klar aber ist dennoch: Die Untere Farb ist ein würdiger Ort für das Stadtarchiv. Und das Stadtarchiv ist zusammen mit der Paul Kläui-Bibliothek eine würdige Nutzung für die Untere Farb; perfekt gelegen zwischen Stadtpark und Wohnquartier – ruhig, sanft belebend und mit starker Ausstrahlung.

Historische Perle nutzen und erhalten

Die Untere Farb hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Mutmasslich bereits im Jahr 1672 wurde dort ein Färbereibetrieb aufgenommen, der bis Mitte des 19. Jahrhunderts betrieben wurde. Anschliessend wurde das Gebäude zu einem Wohngebäude umgebaut und umgenutzt. 1987 wurde es an die Stadt Uster verkauft, verbunden mit dem Wunsch, dass das Ensemble der Nachwelt erhalten bleibe. Mit der Nutzung als Archiv und für die Paul Kläui-Bibliothek wird das über 300-jährige Gebäude erhalten, indem es einer neuen, mit seinem Schutz verträglichen Bestimmung zugeführt wird. Es kann renoviert, erhalten und genutzt werden.

Seit über 30 Jahren ist die Stadt auf der Suche nach einer geeigneten Nutzung. Vieles wurde ge-



Ein erster Entwurf für die Umgebungsgestaltung. Die Farbweise links im Bild bleibt dank dem Gestaltungsplan langfristig unüberbaut.

prüft und musste verworfen werden. Nun liegt eine Lösung auf dem Tisch, die sehr viel Sinn macht. Ein Nein zum Gestaltungsplan würde zu weiteren Planungs- und hohen Unterhaltskosten führen – und schlimmstenfalls zum Zerfall des Gebäudes. Das Archiv im historischen Bau an zentraler Lage ist für alle Bedürfnisse eine einmalige Chance, die es jetzt zu packen gilt.

Stimmvolk hat das letzte Wort

Der Gestaltungsplan ist der rechtliche Boden für die neue Nutzung der Unteren Farb. Das Stimmvolk wird später auch noch über den Kredit für den Umbau entscheiden können. Mit dem Gestaltungsplan erhält der Stadtrat den klaren Auftrag, ein entsprechendes Projekt auszuarbeiten und vorwärts zu machen. Je länger man zuwartet, desto teurer wird's: Die Untere Farb muss aufwendig instand gehalten werden und womöglich müssen bei weiteren Verzögerungen zusätzliche Räume fürs Stadtarchiv zugemietet werden, weil es in den heutigen Räumlichkeiten keinen Platz mehr hat.

Für mich ist klar: Ein erneutes Ja zum Gestaltungsplan zeugt von Respekt gegenüber unserer Geschichte, gegenüber der Unteren Farb als historisches Gebäude und gegenüber dem sorgfältigen Umgang dieses einmaligen und zentralen Ortes.



Bereits 1672 wurde in der Unteren Farb ein Färbereibetrieb eingerichtet. 1987 kaufte die Stadt das Gebäude.

Städtische Abstimmungen vom 19. Mai: 2x JA, 1x Stimmfreigabe

Mehr Mitsprache für die Jugend

Viel Arbeit gibt es für die StimmenzählerInnen in der Stadt Uster: Neben dem Gestaltungsplan Untere Farb stehen am 19. Mai noch drei weitere städtische Vorlagen zur Abstimmung. Dabei geht es um mehr Mitsprache für die Jugend, mehr Mitsprache des Gemeinderates bei der Energie Uster AG sowie die Frage, wo die amtlichen Publikationen der Stadt Uster inskünftig erscheinen sollen. Hier alles Wichtige in Kürze.

Von Marius Weder, SP-Gemeinderat

Die ersten beiden Vorlagen haben eine etwas spezielle Geschichte: Bei beiden geht es um eine Änderung der Gemeindeordnung und beide wurden schon vor einiger Zeit, 2016 bzw. 2017, vom Gemeinderat so beschlossen. Weil man damals aber mit einer baldigen Totalrevision der Gemeindeordnung rechnete, wurden die nötigen Volksabstimmungen aufgeschoben. Aufgrund des neuen Gemeindegesetzes verzögert sich diese Totalrevision aber weiter, weshalb der Stadtrat nun doch die Abstimmung angesetzt hat.

JA zum Jugendvorstoss

Die Idee des neuen Jugendvorstosses ist es, Jugendlichen bereits vor dem Erreichen des Stimmrechtsalters die Möglichkeit zu geben, sich in die Lokalpolitik einzubringen: 20 Ustermer Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren sollen neu dem Gemeinderatspräsidium einen «Jugendvorstoss» einreichen können. Der Jugendvorstoss kann zu jedem Gegenstand eingereicht werden, für den das Parlament der Stadt Uster zuständig ist. Der Text des Jugendvorstosses ist dabei gleich aufgebaut wie bei einem Vorstoss aus dem Parlament, er muss also einen konkreten Antrag und eine Begründung dazu enthalten. Ein eingereicherter Vorstoss wird dann vom Ratspräsidium im Parlament traktandiert und so behandelt, wie wenn er von einem Gemeinderatsmitglied eingereicht worden wäre. Die SP erachtet ein solcher Jugendvorstoss als sinnvoll und zielführend. So können sich engagierte Jugendliche bereits vor dem Erreichen des Stimmrechtsalters einbringen und auch erste politische Erfahrungen sammeln. Die SP sagt deshalb Ja zu dieser Änderung der Gemeindeordnung.

JA zu mehr Kompetenz für den Gemeinderat

Die zweite Vorlage basiert auf einer vom Schreibenden eingereichten Motion und verlangt, dass



der Stadtrat die Eigentümerstrategie – für die sich im städtischen Besitz befindenden Energie Uster AG – jeweils dem Gemeinderat zur Kenntnis bringt, so dass im Parlament darüber diskutiert werden kann. Seit der Verselbständigung der ehemaligen Städtischen Werke hat das Parlament bei der Energie Uster AG nichts mehr zu sagen, es herrscht ein gewisses Demokratie- und Transparenzdefizit. Aktuell kann der Gemeinderat nur einmal im Jahr den Jahresbericht der Energie Uster AG zur Kenntnis nehmen und wohlwollende oder kritische Anmerkungen dazu machen. Nebst der Wahl des Verwaltungsrats ist die Festlegung der Eigentümerstrategie – beides Aufgaben des Stadtrates – die wichtigste Einflussnahme der Stadt auf ihre Gesellschaft. Deshalb sollen Änderungen an dieser Strategie inskünftig genauso wie der Jahresbericht dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden müssen. Die SP hat diese Änderung selber angestossen und sagt natürlich Ja zu dieser Vorlage. Auch wenn weiterhin der Stadtrat die Strategie erlässt, so ist eine öffentliche Diskussion darüber sinnvoll und zielführend. So kann das Parlament nicht mehr nur reaktiv beim Jahresbericht, sondern auch proaktiv im Voraus zu wichtigen Entwicklungen dieses städtischen Unternehmens Stellung nehmen.

Amtliche Publikationen: STIMMFREIGABE

Gemeinden müssen amtliche Erlasse öffentlich publizieren, so besagt es das kantonale Gemeindegesetz. Bislang hat die Stadt Uster dies im «An-

Neu sollen in Uster Jugendliche mit einem Jugendvorstoss auf die Gemeindepolitik Einfluss nehmen können.

zeiger von Uster» getan, der dafür rund 100'000 Franken im Jahr erhält. Das neue Gemeindegesetz lässt es neu aber auch zu, amtliche Publikationen nur noch elektronisch zu publizieren. Eine Möglichkeit, von der der Kanton Zürich bereits Gebrauch macht: Das «Amtsblatt» wird heute nur noch digital publiziert.

Gleiches schlagen nun Stadtrat und Gemeinderat auch für Uster vor: Die Website der Stadt soll inskünftig als offizielles amtliches Publikationsorgan dienen. Gegen den Beschluss wurde aber das Referendum ergriffen, weshalb es nun zur Volksabstimmung kommt.

Die Vorlage wurde an einer Mitgliederversammlung der SP Uster kontrovers diskutiert. Gegen die Vorlage wurde vor allem vorgebracht, dass man damit viele ältere Personen von den Informationen abschneiden würde. Hinter dieses Argument wurde von anderer Seite aber ein Fragezeichen gesetzt, gibt es doch Zahlen der «Pro Senectute», die zeigen, dass sich die Internetnutzung von Senioren zwischen 65 und 75 Jahren kaum noch von derjenigen der Bevölkerung unter 65 Jahren unterscheidet. Und in künftigen SeniorInnen-Generationen wird es immer weniger Personen geben, die das Internet nicht nutzen. Nach ausführlicher Diskussion votierte die SP-Versammlung am Ende mit grossem Mehr für Stimmfreigabe.

Eidg. Abstimmung vom 19. Mai: JA zur Anpassung des Waffenrechts

Ein Ja für mehr Sicherheit

Am 19. Mai stimmen wir über eine Anpassung des Waffenrechts ab. Diese gilt im ganzen Schengen-Raum, dem auch die Schweiz angehört. Rechtskonservative Kreise fürchten, dass durch das neue Waffenrecht das Schweizer Schiesswesen in Frage gestellt wird. Zu Unrecht, denn die Schweiz konnte zahlreiche Sonderregelungen herausholen. Und so bringt die neue Waffenrichtlinie vor allem eines: Mehr Sicherheit für alle.

Von Daniel Frei, SP-Nationalrat, Uster

Der Einsatz und die Verwendung von Waffen sind wichtige Fragen und Anliegen, die uns alle betreffen. Das Waffenrecht hat zum Ziel, Regeln vorzugeben und Missbrauch zu verhindern. Bei Bedarf muss es angepasst werden. Die EU hat dies nach verschiedenen terroristischen Anschlägen und Gewaltvorfällen im Jahr 2017 getan.

Die Schweiz als Mitglied des Schengen-Raums (Sicherheitsverbund europäischer Staaten) hat bei der Anpassung der Waffenrichtlinie aktiv mitgearbeitet und konnte etliche Sonderregelungen herausholen. Nun soll die Waffenrichtlinie ins Waffenrecht überführt werden. Konkret sind folgende Massnahmen vorgesehen:

- Die Pflicht zur Markierung aller wesentlichen Bestandteile einer Waffe.
- Ein verbesserter Informationsaustausch mit den anderen Schengen-Staaten, etwa darüber, wem der Erwerb einer Waffe aus Sicherheitsgründen verweigert wurde.
- Punktuelle Anpassungen bei der Zulassung von halbautomatischen Waffen mit einem grossen Magazin. Mit solchen Waffen kann ohne Nachladen eine grosse Anzahl von Schüssen abgegeben werden.

Gegen die Anpassung des Waffenrechts hat ein Komitee aus Rechtskonservativen, Schützen und Jägern das Referendum ergriffen, weshalb es am 19. Mai zur Volksabstimmung kommt.

Die Gründe für ein Ja

Mehr Schutz vor Waffengewalt: Jährlich gibt es in der Schweiz rund 200 Schusswaffentote. Vor dem Beginn der schrittweisen Verschärfung des Waffenrechts ab dem Jahr 1999 war diese Zahl noch doppelt so hoch, was zeigt: Verschärfungen des Waffenrechts wirken. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Suizid begangen wird oder dass ein Vorfall mit häuslicher Gewalt tödlich endet, ist in



Dem Schweizer Schiesswesen droht auch durch das neue Waffenrecht keine Gefahr.

Haushalten mit Schusswaffen deutlich höher als in Haushalten ohne.

Erleichterung der polizeilichen Arbeit: Die Markierungspflicht erleichtert es der Polizei, die Herkunft einer Waffe zu klären. Der verbesserte Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten ermöglicht der Polizei, präventiv Vorfälle zu verhindern oder aber stattgefundenen Vorfälle aufzuklären.

Kein Selbstbedienungsladen für Waffenerwerb: Die neue Waffenrichtlinie sieht vor, dass alle wesentlichen Bestandteile halbautomatischer Waffen einzeln markiert, registriert und damit rückverfolgbar gemacht werden. Zieht die Schweiz nicht mit, droht sie zum Selbstbedienungsladen für Kriminelle, Terroristen und Paramilitärs aller Art zu werden. Das gefährdet die Sicherheit – auch bei uns.

Verbleib der Schweiz im Schengen-Raum: Alle Schengen-Staaten müssen die gemeinsam ausgehandelte neue Waffenrichtlinie umsetzen, auch die Schweiz. Sonst ist eine funktionierende Zusammenarbeit nicht möglich. Ein Nein würde aller

Voraussicht nach zu einem Ausschluss der Schweiz aus dem Schengen-Raum führen, mit allen negativen Auswirkungen für unsere Sicherheit, Wirtschaft und den Reiseverkehr. Das ist nicht im Interesse der Schweiz.

Keine Abschaffung der Schweizer Schiesstradition: Unabhängig davon, wie wir zur Schweizer Schiesstradition stehen: Sie wird durch die angepasste Waffenrichtlinie nicht abgeschafft. Sturmgewehre können nach dem Militärdienst weiterhin direkt übernommen und im Schiesssport können halbautomatische Waffen verwendet werden. Gleiches gilt für die Jäger. Neu muss aber nachgewiesen werden, dass die Waffe tatsächlich gebraucht wird.

Fazit

Die Anpassung des Waffenrechts ist sinnvoll und folgerichtig. Zum einen, weil in der Schweiz der Schutz vor Waffengewalt erhöht wird. Zum anderen, weil die Sicherheit im europäischen Raum gestärkt und die Zusammenarbeit ausgebaut wird. Deshalb: Stimmen wir am 19. Mai mit Überzeugung Ja zur Anpassung des Waffenrechts!

Rückblick auf die kantonalen Wahlen vom 24. März

Die grüne Welle rollt

Die Schweizer Politlandschaft zeichnet sich ja grundsätzlich durch eine grosse Stabilität aus. Echte politische Erdbeben sind relativ selten. Ein solches ereignete sich aber bei den kantonalen Wahlen vom 24. März: Die grüne Welle rollte und bescherte den Grünen und Grünliberalen grosse Sitzgewinne. Dafür brach die SVP im Kantonsrat ein, die FDP verlor einen Regierungsrats-sitz, ein historischer Tiefpunkt. Die neue Ausgangslage lässt eine spannende Legislatur erwarten.

Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat



Im Rathaus dürfte es an den montäglichen Kantonsrats-sitzungen inskünftig spannender zu und her gehen: Keine Ratsseite hat eine klare Mehrheit.

Dass Grüne und GLP bei den kantonalen Wahlen Gewinne würden verzeichnen können, dass die Bürgerlichen, insbesondere die SVP, einen schweren Stand haben würden, das alles war zu erwarten gewesen. Der Trend hatte sich schon bei den Gemeindewahlen vor einem Jahr gezeigt, die Klimadebatte dominierte die letzten Wochen vor dem Wahltermin. In seiner Deutlichkeit war das Resultat dann aber doch überraschend: Grüne und Grünliberale gewannen je rund fünf Prozent und je neun Parlamentssitze hinzu. Die SVP auf der anderen Seite verlor dafür fast sechs Prozent an Wähleranteil und neun Sitze im Kantonsrat.

Ganz ähnlich das Bild bei den Regierungsratswahlen: Zwar zeigten Umfragen, dass der grüne Herausforderer Martin Neukom den Favoriten auf den Fersen ist, dennoch rechneten die meisten Beobachter – der Schreibende eingeschlossen – nicht mit seiner Wahl. Doch es sollte anders kommen: Neukom wurde recht komfortabel gewählt,

liess sogar die national bekannte SVP-Kandidatin Natalie Rickli hinter sich.

SP mobilisierte mehr Wähler

Angesichts der grünen Euphorie und dem Katzenjammer der bürgerlichen Parteien, ging das Ergebnis der SP fast ein wenig unter. Bei den Regierungsratswahlen konnte sie sich darüber freuen, dass Mario Fehr und Jacqueline Fehr die beiden besten Resultate machten – etwas was es in der Geschichte des Kantons Zürich noch nie gegeben hat. Bei den Kantonsratswahlen verlor sie 0,36 Prozent Wähleranteil und einen Sitz. Angesichts der grünen Welle ein akzeptables Resultat. Und in absoluten Wählerzahlen gehört sie gar auch zu den Siegern: 2019 wählten im ganzen Kanton 2'500 Menschen mehr die SP als noch vor vier Jahren.

Im Bezirk Uster konnte die SP ihre drei Kantonsratssitze verteidigen. Neben den beiden Bisherigen

Claudia Wyssen und Stefan Feldmann (beide Uster) wurde Leandra Columberg aus Dübendorf gewählt. Die 19jährige Studentin ersetzt die zurücktretende Barbara Bussmann und ist das jüngste Kantonsratsmitglied. Deshalb wird sie gemeinsam mit Alterspräsident Valentin Landmann (SVP) am 6. Mai die konstituierende Sitzung des Kantonsrats leiten.

In der Stadt Uster verlor die SP aufgrund höherer Panaschierverluste ganz leicht an Wähleranteil und blieb auch deutlich hinter dem sehr guten Resultat der Gemeindewahlen 2018 zurück. Kein wirklich neues Phänomen: Ganz offensichtlich sind die Ustermer SP-Wählenden mehr an lokalen Themen interessiert als an kantonalen.

Spannende Legislatur zu erwarten

Im bisherigen Kantonsrat hatten SVP, FDP, CVP und EDU zusammen 98 Sitze. Sie mussten somit keine Rücksicht nehmen, konnten ihre Linie durchziehen, mussten sich inhaltlich oder argumentativ keine Mühe geben, was die parlamentarische Arbeit in den letzten Jahren mässig spannend machte. Das bürgerliche Bündnis überspannte dabei den Bogen aber immer wieder und wurde mehrmals von den Stimmberechtigten zurückgepfiffen, etwa beim Wassergesetz, bei der Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur oder beim Angriff auf die finanzielle Dotation des Verkehrsfonds.

Im neuen Kantonsrat wird dies nun anders sein: Es gibt keine klare Mehrheit, weder rechts noch links. Das ist eine Chance für alle jene Kantonsratsmitglieder, die nicht einfach nur in den ideologischen Schützengräben hocken wollen, sondern die bereit sind nach trag- und mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen. Keine Frage: Dem Kanton Zürich steht eine spannende Legislatur bevor.

Parolen für die Abstimmungen vom 19. Mai 2019

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

JA zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

JA zur Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung von Schengen)

STÄDTISCHE ABSTIMMUNGEN

JA zum Gestaltungsplan «Untere Farb»

STIMMFREIGABE zum Beschluss betreffend Website als amtliches Publikationsorgan

JA zur Änderung der Gemeindeordnung: Einführung des Jugendvorstosses

JA zur Änderung der Gemeindeordnung: Eigentümerstrategie Energie Uster AG vor den Gemeinderat